

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe April 2023: Themen im Bund

"Die Rente ist stabil und bleibt stabil"

Seniorinnen und Senioren können sich über höhere Renten freuen. Grund ist ein Milliardenüberschuss in der Rentenkasse. Arbeitsminister Heil ist zufrieden und lobt den deutschen Arbeitsmarkt.

Die deutsche Rentenkasse hat im vergangenen Jahr einen Milliardenüberschuss verzeichnet. Das sagte die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund, Gundula Roßbach in der "Bild am Sonntag". "Die Einnahmen steigen, letztes Jahr gab es sogar einen Überschuss von 3,4 Milliarden Euro - damit hatten wir nicht gerechnet." Damit waren die Rücklagen der Rentenkasse zum Jahresende 2022 so hoch wie noch nie. "Die Kassenlage sieht sehr gut aus", so Roßbach.

Die 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner im Land dürfen sich also in diesem Jahr über höhere Renten freuen. Die jährliche Rentenanpassung wird nach Roßbachs Angaben auch in diesem Sommer "wohl ordentlich ausfallen". Laut Prognosen aus dem Herbst könnte es im Westen rund 3,5 und im Osten gut 4,2 Prozent mehr geben. Die offizielle Rentenanpassung greift zum 1. Juli und wird demnächst beschlossen.

Die Rentensteigerungen richten sich nach der Lohnentwicklung im Land, und die zeigt laut Roßbach nach oben. "Die bisherigen Tarifabschlüsse lassen zudem erahnen, dass die Senioren auch in den kommenden Jahren auf einen Rentenaufschlag hoffen können". "Die Zahlen beweisen: Die Rente ist stabil und bleibt stabil", sagte Roßbach.

Bei der Suche nach Ausbildungsplätzen haben Bewerber gerade gute Karten, weil Arbeitgeber dringend Personal suchen. Grund für die vollen Kassen sei, "dass es trotz Krisenstimmung auf dem Arbeitsmarkt gut läuft, Arbeitnehmer sogar dringend von den Unternehmen gesucht werden". Hinzu käme die steigende Zahl an Zuwanderern und die höhere Lebenserwartung.

Auch Bundesarbeitsminister Hubertus Heil zeigte sich angesichts des Überschusses zufrieden. Ein starker Arbeitsmarkt führe zu einer stabilen Rente, sagte der SPD-Politiker der Nachrichtenagentur Reuters. "Das zeigt sich auch an der guten Entwicklung der Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenversicherung, die sich nach den

vorläufigen Ergebnissen auf 42,7 Milliarden Euro erhöht hat."Nach Aussage Roßbachs werden die Rentenbeiträge von 18,6 Prozent des Bruttolohns bis 2026 stabil bleiben. "Danach könnten die Beiträge steigen - das ist auch abhängig davon, wie das Rentenpaket aussehen wird, das die Politik in diesem Jahr noch auf den Weg bringen will." Heil hatte versichert, dass der Beitragssatz auch nach dem Auslaufen der bis 2025 geltenden Obergrenze nicht rapide in die Höhe schnellen wird und von einem leichten Anstieg gesprochen.

Heil plant, das Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent des Durchschnittslohns dauerhaft zu sichern. Obwohl die Koalition das Vorhaben schon im vergangenen Jahr auf den Weg bringen wollte, liegt dazu noch immer kein Gesetzesentwurf vor. Grund sind offene Fragen. So will etwa Finanzminister Christian Lindner (FDP) in dem Rentenpaket auch die Details zu der von ihm geplanten Aktienrente festlegen. Diese soll ab Mitte der 2030er-Jahre die Rentenversicherung durch Erlöse an den Kapitalmärkten entlasten.

Für eine neue Ostpolitik

SPD-Chef Lars Klingbeil macht sich als Konsequenz aus Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine für eine neue Partnerschaftspolitik mit Ost- und Mitteleuropa stark.

Lars Klingbeil legte bei einer „Zeitenwende-Konferenz“ in Warschau einen Fünf-Punkte-Plan zu einer neuen Ostpolitik der Sozialdemokratie in Europa vor. „Wir haben in den letzten Jahren Fehler im Umgang mit Russland gemacht und die Sicherheitsbedenken unserer osteuropäischen Partner nicht genug gesehen“, äußerte sich der SPD-Vorsitzende selbstkritisch. „Das darf sich nicht wiederholen.“

Kernpunkte des Fünf-Punkte-Plans

- Ein souveränes Europa entwickeln: Europa muss eigenständiger, widerstandsfähiger und außenpolitisch gewichtiger werden.
- Gemeinsame Sicherheitsarchitektur für Europa schaffen: Die europäische Säule der Nato muss deutlich ausgebaut werden, Europa muss für seine Sicherheit – eben auch in Osteuropa – selbst sorgen.
- Energiesouveränität sicherstellen: Europa muss von Russland energiepolitisch unabhängig werden.
- Starke Demokratien für ein resilientes Europa: Europa muss Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stärken und verteidigen.
- Anforderungen an Russland: Es kann keine Normalisierung der Beziehungen zu einem Russland mit der völkerrechtswidrigen Politik des Putin-Regimes geben.

Weitere Informationen: <https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/fuer-eine-neue-ostpolitik/09/03/2023>

So verkleinern wir den Bundestag

Die Ampel-Fraktionen haben die Zahl der Abgeordneten dauerhaft auf 630 begrenzt. Diese historische Reform macht das Wahlrecht einfacher und gerechter.

Auf mittlerweile 736 Abgeordnete ist der Deutsche Bundestag angewachsen. Das derzeitige Wahlrecht führt durch Überhang- und Ausgleichsmandate zu einem unkontrollierbaren Anwachsen des Bundestages. Modellrechnungen kennen Szenarien mit über 900 Abgeordneten. Nun haben die Ampel-Fraktionen ein Gesetz beschlossen, das die Zahl der Abgeordneten dauerhaft begrenzt.

Die Reform wurde seit langem gefordert, scheiterte aber in vergangenen Legislaturperioden immer wieder an der CDU/CSU.

Künftig wird die Regelgröße des Bundestages 630 Sitze betragen. Es wird keine Überhang- und Ausgleichsmandate mehr geben. Damit ist sichergestellt, dass der Bundestag nicht wie in den vergangenen Legislaturperioden immer weiter anwächst.

Es bleibt bei 299 Wahlkreisen, dazu kommen 331 Listenplätze. Die Regelgröße wird also moderat um 32 Sitze erhöht von 598 auf 630 Sitze. Damit wird sichergestellt, dass mehr direkt gewählte Kandidierende ins Parlament einziehen können und weniger Wahlkreise unbesetzt bleiben – denn durch die dauerhafte Verkleinerung des Bundestags kann es nun passieren, dass manch ein Wahlkreissieger nicht in den Bundestag ziehen kann.

Nach dem bisherigen Wahlrecht entstehen Überhangmandate, wenn eine Partei in einem Land mehr Wahlkreismandate gewinnt, als die Partei nach Zweitstimmen Sitze für dieses Land errungen hat. Diese Überhangmandate verzerren das Zweitstimmenverhältnis der Parteien zueinander.

Zur Wiederherstellung des Kräfteverhältnisses der Parteien müssen Überhangmandate durch Ausgleichsmandate bei anderen Parteien kompensiert werden. Diese Ausgleichsmandate haben die Gesamtsitzzahl des Bundestages erhöht – abhängig vom Zweitstimmenanteil der Partei, bei der sie entstehen – erheblich.

Weitere Informationen: <https://www.spdfraktion.de/themen/so-verkleinern-wir-bundestag>

Weitere Themen als Link:

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/atomausstieg-lemke-101.html>

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/namensrecht-101.html>

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/putin-besuch-mariupol-101.html>

<https://www.spd.de/programm/klimaschutz>